



Kreisverband Reinickendorf  
Bündnis 90/Die Grünen  
Brunowstraße 49, 13507 Berlin  
Tel.: 030 809 268 99

E-Mail: [kreisverband@gruene-reinickendorf.de](mailto:kreisverband@gruene-reinickendorf.de)  
Web: [www.gruene-reinickendorf.de](http://www.gruene-reinickendorf.de)

## **Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung (KMV) am 29. August 2017**

### **Campus Hannah Höch sanieren, ausbauen und stärken**

Der Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen fordert, schnellstmöglich die dringend notwendige Sanierung des Campus Hannah Höch, insbesondere die Sanierung des Mittelstufengebäudes in die Wege zu leiten. Im Zuge der Sanierung ist in allen Gebäudeteilen das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule auch baulich umzusetzen.

Des Weiteren soll der Ausbau der Schule geplant werden, um den im MV dringend benötigten Schulraum auf den vorhandenen Flächen des Campus herzustellen. Um als Schule des längeren gemeinsamen Lernens zu funktionieren, ist eine gymnasiale Oberstufe aufzubauen.

Die baulichen Maßnahmen im Sinne des pädagogischen Konzepts sind eng mit der Schule und den schulischen Gremien abzustimmen.

Begründung:

Die Gemeinschaftsschule Hannah Höch hat in den letzten Jahren herausragende Arbeit geleistet. Bemerkenswert sind die Lernzuwächse der Schülerinnen und Schüler, zudem wird eine zunehmende Entkoppelung der Lernerfolge von der sozialen Herkunft erreicht (siehe auch Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschulen). Gleichzeitig stellt es für die Schule und ihr Konzept des längeren gemeinsamen Lernens eine enorme Belastung dar, dass nach Klasse 6 ein Großteil der Schüler\*innen die Schule verlässt. Eine bauliche Ertüchtigung der Räumlichkeiten für die Sekundarstufe I und die Oberstufe ist nicht nur baufachlich dringend geboten, sondern ein wichtiger Baustein für die Stabilisierung der Schule und ihrer Schülerschaft.

Zudem bietet der Campus weitere Ausbaumöglichkeiten. Auch hier sollten sich die Interessen des Bezirks im Bereich der Schulplatzversorgung mit denen der Schule ergänzen, allein oder gemeinsam mit anderen Schulen eine gymnasiale Oberstufe anbieten zu können. Ein Ausbau des Standorts sollte also dringend geplant und umgesetzt werden.

Antragstellerin: Stefanie Remlinger

## **Paul Löbe Schule als Inklusive Schwerpunktschule voran bringen**

Der Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Entwicklung der Paul Löbe Schule zu einer Inklusiven Schwerpunktschule. Die Schule kann hier voran gehen und Beispiel für weitere Schulen in Reinickendorf werden.

Gerade deshalb fordern wir, dass diese Entwicklung von Seiten des Bezirks Reinickendorf nachhaltig und tatkräftig unterstützt wird:

- Bauliche Maßnahmen zur Unterstützung der Inklusion für die spezielle Klientel entsprechend der Inklusions-Schwerpunkte an der Paul Löbe Schule sind vorrangig umzusetzen.
- Der besondere Raumbedarf für Inklusion ist zu berücksichtigen. Der steigende Bedarf an Schulplätzen muss an anderen Standorten zur Verfügung gestellt werden. Die Paul Löbe Schule darf hier nicht überlastet werden.

Begründung:

Wir Grünen freuen uns, dass auch Schulen in Reinickendorf aufgrund ihres langjährigen Engagements für Inklusion von der Senatsverwaltung eingeladen und ermutigt wurden, sich als Inklusive Schwerpunktschulen weiterzuentwickeln. Es ist verständlich, dass es gerade für Inklusive Schwerpunktschulen nicht nur eines hohen pädagogischen Engagements, sondern auch auf die besondere Schülerklientel abgestimmter baulicher Voraussetzungen bedarf. Umso unverständlicher ist es, dass im Bezirk dafür keine Mittel eingeplant sind. Es spiegelt die ablehnende Haltung des Bezirksamtes zur Umsetzung der Inklusion in Reinickendorf wider, wenn Schulen ihre Bewerbung zurückziehen, weil das Bezirksamt zu keiner baulichen Unterstützung bereit ist. Für engagierte Schulen ist das ein Schlag ins Gesicht.

Die Paul Löbe Schule ist besonders prädestiniert als Inklusive Schwerpunktschule, da sie sich bereits seit langem aus eigener Kraft entsprechend entwickelt. Die räumliche Nähe zum Friedrich Engels Gymnasium, zu der geplanten neuen Grundschule, zum Fuchsbau als bezirklicher Jugend-Einrichtung, aber auch zur Verkehrsschule und dem Paracelsus-Bad bietet darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten zu vertieften Kooperationen zum Nutzen der betreuten Kinder und Jugendlichen.

Antragstellerin: Stefanie Remlinger

## **Eine nachhaltige Perspektive für die Montessori-Schule in Heiligensee**

Der Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen fordert, dass die Montessori-Schule an ihrem derzeitigen Standort in Heiligensee verbleiben kann und dort eine dauerhafte Perspektive sowie die notwendige Planungssicherheit erhält, um ihre positive Entwicklung fortzusetzen.

Die Montessori-Schule leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vielfalt der Schullandschaft in Reinickendorf sowie zur wohnortnahen Schulplatzversorgung in Heiligensee.

Der Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt und unterstützt die Absicht der Montessori-Schule, insbesondere auch die Sekundarstufe auszubauen.

Begründung:

Die Montessori-Schule ist bereits jetzt nicht nur eine gute Schule, sondern trägt mit ihren derzeit rund 150 Schülerinnen und Schülern zur Deckung des Schulplatzbedarfs in Reinickendorf bei. Die Montessori-Schule hat darüber hinaus ihre Bereitschaft signalisiert, im Zusammenhang mit einer verlässlichen Planungsperspektive noch mehr Reinickendorfer Kinder und Jugendliche aufzunehmen und damit zur Linderung der Schulplatzknappheit im Bezirk beizutragen. Darin liegt eine große Chance für Reinickendorf. Im Interesse eines vielfältigen Schulangebots sollte der Bezirk deshalb alles tun, um der Montessori-Schule in Heiligensee eine nachhaltige Entwicklungsperspektive zu bieten. Der Bezirk könnte damit auch dem Wunsch vieler Eltern nach alternativen Schulangeboten entsprechen.

Antragstellerin: Stefanie Remlinger

## **Neubau einer ISS am Waidmannsluster Damm**

Der Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen fordert den Neubau einer ISS auf der vorhandenen Fläche am Waidmannsluster Damm 16 nach dem Konzept des „Berliner Lern- und Teamhauses“. Die Einbeziehung des „Grünen Hauses“ sollte angestrebt werden, auch im Sinne einer Campuslösung mit dem Humboldt- und/oder Gabriele-von-Bülow-Gymnasium.

Begründung:

Die Schülerzahlen wachsen in ganz Berlin in den nächsten Jahren deutlich an – so auch in Reinickendorf. Im Bezirk fehlen nach derzeitiger Prognose 20 Züge im Oberschul-/ISS-Bereich. Der Standort Waidmannsluster Damm bietet Platz für eine bis zu sechszügige ISS und kann damit zu einer nachhaltigen Standortplanung für den prognostizierten Bedarf an ISS-Plätzen beitragen, anstelle verschiedene Notlösungen fortzuschreiben. Gleichzeitig bietet er die Chance, Schulplätze da anzubieten, wo sie gebraucht werden und an anderen Stellen auf Filiallösungen zu verzichten – insbesondere an Standorten, die bereits jetzt unternachgefragt sind.

Antragstellerin: Stefanie Remlinger

## Neue Schulentwicklungsplanung

Der Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen fordert eine neue Schulentwicklungsplanung für Reinickendorf. Die Erarbeitung eines neuen Schulentwicklungsplanes soll mit breiter Beteiligung erfolgen, den mit Schule befassten bezirklichen Gremien sind die dazu notwendigen Zahlen und Daten von Beginn an zur Verfügung zu stellen. Im Sinne transparenter Entscheidungsfindung muss die Diskussion und Beschlussfassung tatsächlich öffentlich erfolgen. Die einzelnen Schulen sind ebenfalls frühzeitig zu beteiligen.

Die bezirkliche Schulpolitik sollte in den folgenden Jahren auch tatsächlich dem beschlossenen Schulentwicklungsplan folgen. Soweit neue Entwicklungen dies erfordern, wäre er in einem transparenten Verfahren zu aktualisieren.

Über die Darlegung der veränderten Zahlen hinaus sollte Folgendes beachtet werden:

- Wo möglich, werden neue Standorte für Schulbauten dort erschlossen, wo der Schulraum für die Schülerinnen und Schüler nicht ausreicht. Der Erhalt von Standorten, die langfristig und weiter absehbar deutlich unternachgefragt sind, sollte dagegen in jedem Einzelfall kritisch hinterfragt werden. Gegenüber einer immer weiteren Verdichtung bestehender Schulen und Filiallösungen, die meist suboptimal sind, ermöglicht die Schaffung neuen Schulraums pädagogische Perspektiven, die den kontinuierlich wachsenden Schülerzahlen entsprechen.
- An- und Ausbauten werden mit größeren Sanierungsmaßnahmen zusammen gemeinsam mit den Schulen so konzipiert, dass sie zur Modernisierung und konzeptionellen Weiterentwicklung der Schulen beitragen.
- Der Bezirk setzt sich bei der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Familie dafür ein, dass Maßnahmen aus dem Gebäudescan zur Erhaltung von Schulraumkapazität mit pädagogisch relevanten und wünschenswerten Maßnahmen verbunden und in Abstimmung mit den Schulen durchgeführt werden.

- Mögliche Kooperationen oder Verbände für die Sekundarstufe II werden konzeptionell mit bedacht und die Wünsche der schulischen Akteure in die Diskussion mit einbezogen. Jede ISS und Gemeinschaftsschule muss Schülerinnen und Schülern nach erfolgreich bestandem MSA eine verlässlich planbare Perspektive für eine gymnasiale Oberstufe bieten - allein, in Kooperation oder im Verbund. Gleichzeitig soll auch weiterhin aktiv für Kooperation und Verbundmodelle zwischen allgemeinbindenden Schulen und beruflichen Schulen geworben werden, beginnend schon in den Grundschulen.

#### Begründung:

Seit der Erstellung des letzten Reinickendorfer Schulentwicklungsplans haben sich die Schülerzahlen rasant weiter entwickelt. Außerdem stellt der neue rot-rot-grüne Senat den Bezirken deutlich mehr Mittel für Schulsanierung und den Schulausbau zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund ist eine Aktualisierung der Planungen des Bezirks dringend geboten.

Dringlich geboten ist auch, dass der Bezirk seiner Aufgabe der baulichen Gestaltung der Schullandschaft im Bezirk aktiv und bewusst nachkommt, um damit eine qualifizierte Bildungspolitik zu betreiben. Es geht nicht einfach um Zahlen am Rechenschieber. Eine falsche Ausbaupolitik kann die existierenden Schulen genauso ins Schlingern bringen wie eine zu späte. Denn, wo immer mehr Schülerinnen und Schüler in einen Standort gepresst werden, geben Schulen ihre Ganztags-, Inklusions- und andere Konzepte auf oder können die sozialen Probleme in ihrer Einrichtung nicht mehr im Alltag lösen. Schulqualität braucht lange Jahre zum Wachsen und bedarf angemessener Räume. Daher ist rechtzeitig und mit Weitblick der Schulentwicklungsplan zu erneuern und neben der Sanierung und dem Ausbau bestehender Gebäude der Schulneubau zu stärken.

Antragstellerin: Stefanie Remlinger

## **Die Zukunft der Schule ist (auch!) digital**

Der Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen fordert:

Der Bezirk muss umgehend eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Datenleitungen an Schulen sowie eine Ausbauplanung vorlegen. Ziel muss sein, alle Schulen mit Glasfaserstandard anzubinden, um mindestens 1 Gigabit Traffic pro Sekunde bewältigen zu können.

Die dauerhafte Wartung und Pflege des IT-Netzes muss als professionelle Dienstleistung sichergestellt sein. Diese Aufgabe darf nicht einfach nur schulinternen IT-Beauftragten übergeholfen werden.

Wir möchten alle Schulen ermutigen, Digitalisierung in ihre Schulprofile und Unterrichtsangebote einzubetten. Und wo Schulen von sich aus pädagogische Konzepte für die Digitalisierung erarbeiten, sollen auch vordringlich die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Gleichzeitig lassen wir die Schulen nicht allein. Es muss nicht jede Schule den Weg in die digitale Zukunft allein neu erfinden. Wir fordern deshalb zur Entlastung der schulischen Teams, dass der Bezirk gemeinsam mit der regionalen Schulaufsicht die Schulleitungen im Rahmen eines „Dialogs digitale Bildung“ zum (regelmäßigen) Erfahrungsaustausch einlädt.

Begründung:

Wir müssen unsere Kinder fit machen für die digitale Welt. Schon Kinder benutzen heute in hohem Umfang digitale Medien. Das macht vor der Schule nicht halt und führt auch zu Konflikten.

Die Nutzung neuer technischer, digitaler Möglichkeiten in Schule und Unterricht ist kein Selbstzweck. Allerdings darf Schule auch nicht der letzte analoge Raum in unserer Gesellschaft sein. Neue Kulturtechniken müssen selbstverständlicher Teil der Lernkultur werden. Schulen sollen den Kindern einen kreativen, aber auch kritischen Umgang mit digitalen Medien vermitteln. Jede Schule muss hier ein Stück weit ihren eigenen Umgang finden. Wir sollten die Schulen dabei jedoch nicht allein auf sich gestellt lassen. Politik kann den Dialog zwischen den Schulen und verschiedenen Interessengruppen moderieren. Und wir müssen die technischen Voraussetzungen schaffen, damit die Schulen pädagogisch entscheiden können, was wann an- und abgeschaltet wird.

Antragstellerin: Stefanie Remlinger